



Einzureichen an:

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Gesundheit, Sport und Kultur
Domplatz 12
39104 Magdeburg



INVESTITIONSBANK
SACHSEN-ANHALT

Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) die Gewährung eines Zuschusses aus dem Programm

Zuschüsse des Landes Sachsen-Anhalt zur Vorbereitung auf die Olympischen Spiele und Paralympics

gemäß den §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung Sachsen-Anhalt sowie dem Katalog zuwendungsfähiger Ausgaben, Novellierung vom 14.01.2021.

1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Allgemeine Angaben

Name/Firma (ggf. lt. Vereinsregister)

Gründungsdatum*

Straße, Hausnummer

Vorwahl/Rufnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

Branche/Tätigkeitsbereich*

Landkreis/Gemeindenummer

Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)

Vorwahl/Rufnummer/Fax

E-Mail

Vereinsregister-Nr.

Registergericht (falls vorhanden)

Vorsteuerabzugsberechtigt?

☐

Ja

☐

Nein

☐

teilweise mit

%

2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN

2.1 Vorhabensbezeichnung

Titel des Vorhabens

2.2 geplante zeitliche Dauer

Beginn des Vorhabens

Tag/Monat/Jahr

geplantes Ende des Vorhabens

Tag/Monat/Jahr

3. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

3.1 geplante Ausgaben (in Euro)

	Zuwendungsfähige Gesamtausgaben in Euro
3.1.1 Individuelle Unterstützung und Förderung der Olympiakandidaten	
3.1.2 Verbrauchsmaterial	
3.1.3 Sachkosten für Trainingslager, Vorbereitungsmaßnahmen Athleten	
Summe der zuwendungsfähigen Ausgaben	
Nicht zuwendungsfähige Ausgaben	
Gesamtausgaben	

3.2 Finanzierung der Ausgaben (in Euro)

3.2.1 Eigenmittel

davon bare Eigenmittel	
davon sonstige Eigenmittel	
Summe Eigenmittel	

3.2.2 Beantragte Zuwendung

3.2.3 Fremdmittel

Weitere Fördermittel aus öffentlichen Mitteln und/oder
sonstige öffentliche Finanzierungshilfen (bitte bezeichnen)

Sonstige Fremdmittel
(z. B. Eigenanteile von Einzelpersonen, Vereine,
Verbände oder Drittmittel, bitte bezeichnen)

Summe Fremdmittel	

Summe der Finanzierungsmittel

4. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Wir erkläre(n):

- a) Uns sind der geltende Katalog zuwendungsfähiger Ausgaben, Novellierung vom 14.01.2021 und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass wir im Falle einer Bewilligung
- die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P),
 - das Sportfördergesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 18.12.2012 (GVBl. LSA 2012, S. 620) in der jeweils geltenden Fassung,
 - die Verhaltensstandards des Bundes zur Korruptionsprävention vom 09.02.2012 sowie die Verwaltungsvorschriften zur Vermeidung und Bekämpfung der Korruption (Erl. des MI vom 18.11.2016, MBl. LSA 2017, S. 6)
 - den Nationalen Anti-Doping Code (NADC) 2021,
- in der jeweils gültigen Fassung, sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten haben. Die Regelungen aus den o. g. Nebenbestimmungen zur Projektförderung ANBest-P werden anerkannt sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten. Die Regelungen aus dem o. g. dem Katalog zuwendungsfähiger Ausgaben sowie den ANBest-P werden anerkannt.
- b) Wir erklären, dass die beantragten Mittel nach Bewilligung mittels Weiterleitungsvertrag an die jeweiligen Letztempfänger weitergegeben werden und die dem Antrag zugrundeliegenden Ausgaben (gem. Kosten- und Finanzierungsplan) bei diesen Letztempfängern entstehen.
- c) Mit dem im Antrag dargestellten Vorhaben habe(n) ich/ wir noch nicht begonnen und werde(n) auch nicht vor Erhalt des Zuwendungsbescheides/ des Zuweisungsschreibens beginnen, es sei denn, ich/ wir erhalte(n) auf Antrag eine schriftliche Genehmigung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn. Mir/ uns ist bekannt, dass als Vorhabenbeginn grundsätzlich bereits der verbindliche Abschluss eines Lieferungs- oder Leistungsvertrages im Zusammenhang mit dem Vorhaben anzusehen ist.
- d) Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert.
- e) Wir sind zahlungsfähig, und gegen uns steht ein (Verbraucher-) Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Wir verpflichten uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.
- f) Wir versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.
- g) Wir gewährleisten eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.
- h) Wir werden das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.
- i) Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Ziffer 3.2 dieses Antrages) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.
- j) Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Wir verpflichten uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.
- k) Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Wir verpflichten uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erklären wir uns damit einverstanden.
- l) Wir erkennen an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreien wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- m) Wir entbinden die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung). Wir geben hiermit unser Einverständnis, dass die von der IB im Bedarfsfall von den Finanzbehörden erhobenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden können, wenn Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegen; insoweit befreien wir die IB ebenfalls von ihrer Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses.

☐

Ja

☐

Nein

5. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

In der Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ finden Sie eine kompakte Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie der Ihnen zustehenden Rechte nach der DS-GVO. Die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ ist jeder betroffenen natürlichen Person zur Kenntnis zu geben, für die im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)